



WAHLPRÜFSTEINE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

BÜRGERINFORMATION 8

INHALT

ARBEITSMARKT- UND SOZIALPOLITIK	4
BILDUNGSPOLITIK	10
ENERGIEPOLITIK	16
STEUER- UND FINANZPOLITIK	22
WIRTSCHAFTS- UND INDUSTRIEPOLITIK	28

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundestagswahl 2013 steht vor der Tür, am 22. September wird gewählt. Welchen wirtschaftspolitischen Kurs unser Land nach dieser Wahl nimmt, ist ausschlaggebend dafür, wie sich der Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig weiter entwickelt. Die Konjunktur in Deutschland zeigt sich robust, doch wie lange noch? Stimmen die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft, die im Kern mittelständisch geprägt ist? Arbeiten wir an unserer Zukunftsfestigkeit oder setzen wir sie aufs Spiel?

Unsere Stärke ist die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Der in großer Zahl familiengeführte Mittelstand steht in Deutschland für Wachstum, Wohlstand

und Beschäftigung. Diese Unternehmen behaupten sich unter teils schwierigen Bedingungen auf ihren Märkten. Doch die Politik ist auf unterschiedliche Weise dabei, diese Stellung zu gefährden, anstatt sie zu bewahren und unterstützend auszubauen.

In den Wahlprüfsteinen 2013 legt der Wirtschaftliche Vereinigung Oldenburg – DER KLEINE KREIS e.V. seine Positionen und Forderungen an die Politik dar. Dabei fühlen wir uns den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verbunden. Vor allem die Entwicklungen in der Steuer- und Finanzpolitik machen uns Sorgen. Aber auch in der Energiepolitik und im Bildungssektor sehen wir Entwicklungen, die den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden.

Prof. Dr. Heinz-W. Appelhoff



ARBEITSMARKT- UND SOZIALPOLITIK

Fachkräfte gewinnen, Wettbewerb stärken

FAKTEN

Fachkräftesicherung als wichtigste Zukunftsaufgabe

Die Erwerbstätigkeit stieg in 2012 auf rund 42 Mio. Personen. Die Zahl der Erwerbslosen betrug in 2012 rund 2,37 Mio., d.h. 5,6 %. Durch den zunehmend spürbaren demografischen Wandel fällt es den Unternehmen immer schwerer, geeignete Fachkräfte zu finden. Ein Drittel der Unternehmen sieht in dieser Entwicklung heute schon ein großes Risiko für die eigene wirtschaftliche Entwicklung. Mittelfristig drohen der deutschen Wirtschaft erhebliche Wachstumsverluste, wenn nicht geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

Problem der Langzeitarbeitslosigkeit besteht weiter

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist mit rund 1 Mio. unverändert zu hoch. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen registrierten Arbeitslosen beträgt 35 %. Gerade gering Qualifizierten gelingt der Einstieg in die Erwerbstätigkeit selten. Die Gründe sind vor allem: zu hohe Arbeitskosten und häufig eine große Arbeitsmarktferne.

Der Arbeitsmarkt muss weiter flexibilisiert werden

Flexibilität bei der Beschäftigung und ein einfacher Weg für den Arbeitssuchenden in neue Beschäftigungsverhältnisse werden vor allem durch befristete Arbeitsverhältnisse und Zeitarbeit ermöglicht. Flexible Arbeitszeitmodelle sind heute in vielen Unternehmen Standard, um auf Auftragschwankungen reagieren zu können. Darüber hinaus werden durch Lockerungen im Kündigungsschutz die Einstellungsmöglichkeiten verbessert.

Deutschland als Zuwanderungsland

Seit dem Jahr 2010 wandern mehr Menschen nach Deutschland ein, als aus Deutschland fortziehen. Im Jahr 2012 sind rund 1,1 Mio. Personen nach Deutschland zugezogen. Dies waren 123.000 mehr als im Jahr 2011 (+ 13 %). Aus Deutschland fortzogen im Jahr 2012 rund 0,7 Mio. Personen. Die positive Entwicklung ist auf eine stärkere Zuwanderung hauptsächlich aus dem EU-Raum zurückzuführen. Im Wesentlichen aus den Ländern, die von der Finanz- und Schuldenkrise betroffen sind,

also Spanien (+ 45 % gegenüber 2011), Griechenland und Portugal (jeweils + 43 %) und Italien (+ 40 %).

Lohnzusatzkosten dürfen nicht weiter steigen

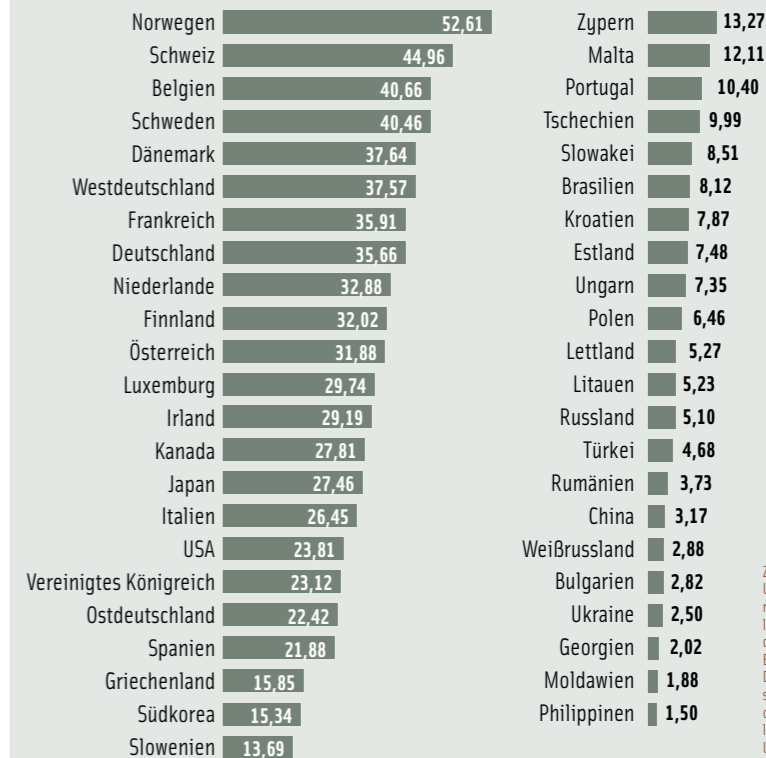
Der Anstieg der Lohnzusatzkosten bei der Krankenversicherung wurde durch die Einführung des lohnunabhängigen Zusatzbeitrags begrenzt. Dies war sinnvoll, um künftige Kostensteigerungen ohne eine weitere Belastung der Unternehmen zu ermöglichen. Gleichwohl – es fehlen weiterhin Elemente der Kapitaldeckung bei der Krankenversicherung. Ebenso fehlt ein echter Wettbewerb auf der Leistungsseite. Bei der Pflegeversicherung belastet die Lohnkopplung die Unternehmen. Positiv ist festzustellen, dass eine individuelle und freiwillige Pflegevorsorge eingeführt und gefördert wird.

Die Belastung der Sozialsysteme steigt weiter

Unsere Sozialversicherungssysteme stehen vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel mit einem ständig steigenden Anteil älterer Menschen und weniger Erwerbstätigen, wachsende Leistungsansprüche – insbesondere in der Kranken- und Pflegeversicherung, immer neue soziale Leistungen des Wohlfahrtsstaates führen zu steigenden Beiträgen für Unternehmer und Bürger. Die finanzielle Lage der Rentenversicherung entwickelt sich aufgrund der wirtschaftlichen Dynamik zurzeit gut. Geplante Reformen, wie etwa die Zuschussrente für langjährig Versicherte mit geringen Beitragszahlungen, können diese Entwicklung aber gefährden.

ARBEITSKOSTEN INTERNATIONAL

je Arbeitnehmerstunde im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2011 in Euro



Zahlen zum Teil vorläufig; Umrechnung anhand der Jahresdurchschnittlichen amtlichen Devisenkurse; Westdeutschland einschließlich Berlin; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, Internationale Arbeitsorganisation, nationale Quellen, Statistisches Bundesamt, U.S. Department of Labor

FORDERUNGEN

Die Potenziale am Arbeitsmarkt stärker nutzen

Wichtige Impulse werden gesetzt, sind aber zu verstärken. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist der richtige Weg, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Diese Entwicklung darf nicht zurückgedreht werden. Weitere Anstrengungen sind nötig, um Frauen in allen Lebenslagen, Migranten mit geeigneter Qualifikation und ältere Menschen an der Erwerbstätigkeit teilhaben zu lassen. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind weiterhin zu fördern. Ebenso alle Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung.

Die Flexibilität am Arbeitsmarkt erweitern

Der geltende Kündigungsschutz ist flexibler zu gestalten. Die derzeitigen Regelungen sollen erst in Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten gelten. Schon im Arbeitsvertrag soll alternativ zum Kündigungsschutz eine angemessene Abfindungszahlung vereinbart werden können.

Eine Einschränkung der sachgrundlosen befristeten Beschäftigung darf es nicht geben – sie ist eine wichtige Einstiegsmöglichkeit für Arbeitssuchende. Ebenso wenig darf die Zeitarbeit als wichtiges Instrument zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes eingeschränkt werden.

Die Zuwanderung von Arbeitskräften erleichtern

Alle denkbaren Maßnahmen zur Gewinnung von ausländischen Arbeitskräften sind umzusetzen. Dazu gehört eine sofortige Niederlassungserlaubnis mit niedrigen Bruttojahresgehaltsgrenzen. Ebenso die Vereinfachung der Zuwanderung von Fachkräften mit beruflichem Abschluss und von ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen. Wir brauchen ein wirksames Modell für die Zuwanderungssteuerung, in dem die Qualifikation, die Berufserfahrung und die Sprachkenntnisse eine zentrale Rolle spielen.

Die Arbeitskosten senken

Die Lohnzusatzkosten in Deutschland sind sehr hoch. Zur Steigerung der Produktivität als Voraussetzung für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen sollen die

Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung vom Arbeitseinkommen entkoppelt werden. Mindestlöhne, die die Einkommen im Niedriglohnbereich steigern sollen, gefährden die Beschäftigungschancen. Ein flächendeckender Mindestlohn ist abzulehnen.

Die Arbeitsmarktpolitik effizienter gestalten

Es müssen Anreize zur Aufnahme einer Vollzeittätigkeit geschaffen werden, wenn staatliche Transferleistungen an Arbeitssuchende gezahlt werden. Dazu sollte das Arbeitslosengeld I einheitlich maximal für 12 Monate gezahlt werden. Beim Arbeitslosengeld II sind die Freibeträge anzupassen. Die Programme öffentlicher Beschäftigung dürfen nicht im Wettbewerb zur gewerblichen Wirtschaft stehen und müssen hinter den Maßnahmen zur Aktivierung von Arbeitslosen für den ersten Arbeitsmarkt zurückstehen.

Die Sozialversicherungssysteme reformieren

Gute Ideen für die Reform der Sozialversicherungssysteme bestehen – diese sind

konsequent umzusetzen. Die erreichten Ziele – z.B. in der gesetzlichen Rentenversicherung – dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Wir brauchen mehr Wettbewerb auf der Leistungsseite – etwa zwischen den Kassen und den Leistungsanbietern, um in der Gesundheitswirtschaft mehr Effizienz zu schaffen. Ebenso ist die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung wettbewerbsfähiger zu gestalten. Die Rentenversicherung ist zukunftssicher zu machen: das Renteneintrittsalter darf nicht zurückgenommen werden. Eine steigende Lebenserwartung muss sich auch in einer längeren Lebensarbeitszeit widerspiegeln, um die Beitragslasten zu begrenzen. Neue Leistungsinhalte in der gesetzlichen Rentenversicherung belasten künftige Beitrags- und Steuerzahler – sie sind zu vermeiden. Dagegen sollen die private und betriebliche Altersvorsorge unterstützt werden.





BILDUNGSPOLITIK

Bildung ist Zukunft

FAKTEN

Bildungspolitik ist Standortpolitik

Versäumnisse in der Bildung beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die demografische Entwicklung macht es erforderlich, alle Bildungspotenziale auszuschöpfen. Aktuell sind es in Deutschland die gut qualifizierten geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre, die für Wohlstand und Wachstum sorgen. Deutschland profitiert von der letzten Phase einer positiven demografischen Entwicklung. Die folgenden Jahrgänge dünnen aus. Die Unternehmen müssen bis 2030 mit 6,3 Mio. weniger Erwerbsfähigen im Alter von 20 bis 64 Jahren auskommen.

Hohe Beschäftigtenzahl

Schon heute verzeichnet Deutschland eine Rekordzahl an Beschäftigten, eine deutlich steigende Beschäftigungsquote von Älteren und Frauen sowie gleichzeitig eine niedrige Arbeitslosigkeit. All dies sind positive Zeichen in einem insgesamt schwierigen demografischen Umfeld. Eigeninitiative und Ehrgeiz zahlen sich für jeden Einzel-

nen aus wie schon lange nicht mehr. Die Wertschätzung von Bildung dürfte sich daher weiter erhöhen. Bildung lohnt sich.

Bildung zahlt sich aus

Personen mit höherem Bildungsniveau erzielen höhere Einkommen, zahlen mehr Steuern und Sozialabgaben. Sie steigern die Innovationsfähigkeit und damit die Wachstumspotenziale der Wirtschaft. Demgegenüber haben sich die Einkommensmöglichkeiten von Hauptschulabsolventen zwischen 1992 und 2008 kontinuierlich verschlechtert, denn niedrige Qualifikation erhöht die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit und geringfügiger Beschäftigung. Dies wiederum belastet die Gemeinschaft durch Transferzahlungen wie Arbeitslosengeld und durch ausfallende Beitragszahlungen. Aufgrund entgangener Steuereinnahmen fehlen dem Staat Mittel für Zukunftsinvestitionen – unter anderem für Bildung. Die Arbeitslosenquote von Personen ohne Schulabschluss liegt mit 26 % fünfeinhalbmal so hoch wie die von Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Fast 15 % der Bevölkerung bleiben praktisch über alle Alters-

gruppen hinweg ohne berufliche Qualifikation.

Fundament der Ausbildung

Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass sich bereits Investitionen in frühkindliche Bildung auszahlen und für die Unternehmen von großer Bedeutung sind. Denn zum einen ist die Versorgung mit Krippen- und Kitaplätzen eine wichtige Voraussetzung für die Gestaltung einer familienfreundlichen Personalpolitik. Zum anderen legt die frühkindliche Bildung die Grundlage für den späteren Schulerfolg bei allen Kindern – insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Familien und Kindern mit Migrationshintergrund. Frühkindliche Bildung legt das Fundament für die Integration in Schule, Ausbildung und Beruf.

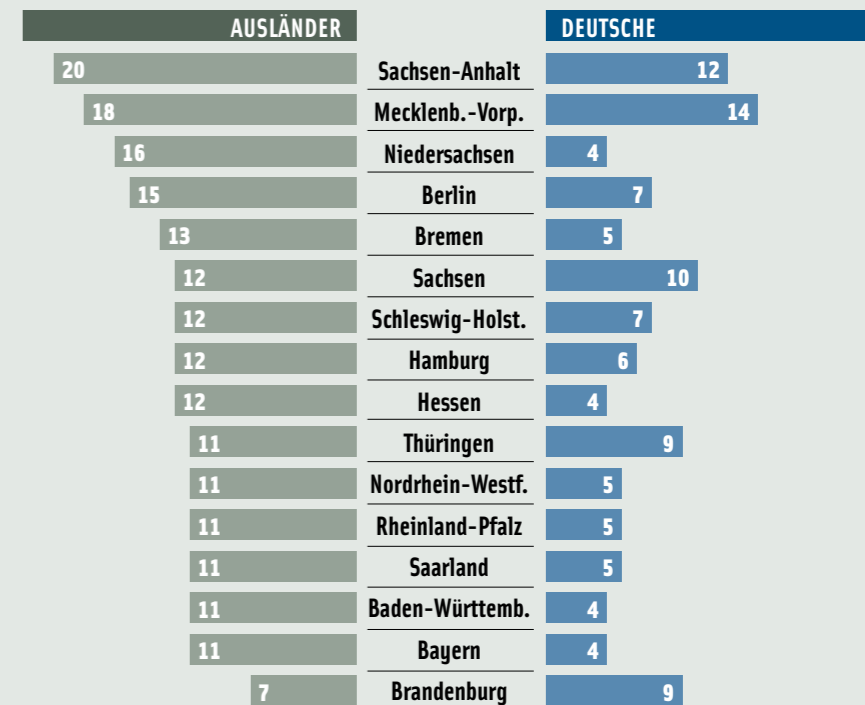
Grenzen des föderalen Bildungssystems

Die Ausbildungsreife der Schulabgänger ist noch immer ein drängendes Thema. Ein zu hoher Anteil von Jugendlichen verlässt nach wie vor ohne ausreichende Grundbildung die Schule. Je nachdem, wo sie lernen, erzielen deutsche Schüler sehr unter-

schiedliche Ergebnisse. Im Leseverständnis beispielsweise haben bayerische Schüler gegenüber ihren Altersgenossen in Bremen einen Vorsprung von über einem Schuljahr. Internationale Bildungsstudien führen derlei Differenzen in unregelmäßigen Abständen zutage. Die Leistungsfähigkeit der föderal unterschiedlichen Schulsysteme wie auch der Schülerinnen und Schüler sollte transparent und vergleichbar gemacht werden. Nur so lassen sich Defizite der Bildungssysteme in den einzelnen Bundesländern identifizieren und zielgerichtete Reformen durchführen. Das duale System der Berufsbildung in Deutschland ist ein bewährter und chancenreicher Bildungsweg. Gleichwohl steht das System vor großen Herausforderungen. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich gedreht und nun sind es die Unternehmen, die demografiebedingt immer größere Schwierigkeiten haben, geeignete Auszubildende zu finden. Hinzu kommt die oft mangelhafte Ausbildungsreife der jungen Menschen. Und so landen viele Jugendliche im so genannten berufsschulischen Übergangsbereich, um diese Defizite aufzuarbeiten.

OHNE ABSCHLUSS

Von je 100 ausländischen bzw. deutschen Schulabgängern verließen so viele im Jahr 2011 die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss zu haben:



FORDERUNGEN

Früh fördern

Gute Bildungssysteme zeichnen sich im internationalen Vergleich dadurch aus, dass die Förderung der Kinder weit vor der Schule beginnt. Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungs-



Ganztägige Lernangebote in der Grundschule verbessern die individuelle Förderung und damit die Leistungen der Schüler.

erfolg in Deutschland kann so entkoppelt werden. Bildungsstudien zeigen, dass ein mindestens einjähriger Kita-Besuch Sprach- und Lernfähigkeiten der Kinder deutlich erhöht. Alle Kinder sollen mindestens ein Jahr eine Kita besuchen. Ganztägige Lernangebote in der Grundschule verbessern die individuelle Förderung und damit die Leistungen der Schüler. Die MINT-Bildung muss einen höheren Stellenwert erhalten.

Fundierte Ausbildung und Berufsorientierung anbieten

Die Ausbildungs- und Studierreife der jungen Erwachsenen muss in den Schulen nachhaltig verbessert werden. Dazu gehört auch eine fundierte Berufsorientierung, mit der die Berufswahl bewusst erfolgen und die Zahl der Ausbildungsabbrüche deutlich reduziert werden kann. Die Jugendlichen müssen realistisch einschätzen können, was sie im gewählten Beruf erwarten. Jugendliche dürfen nicht zu lange im berufsschulischen Übergangsbereich „geparkt“ werden. Sie müssen zielgerichtet auf einen Ausbildungsplatz vorbereitet und dann vermittelt werden.

Quote der Studienabbrecher senken

Nach wie vor gelingt es den Hochschulen nicht, die Studieninhalte praxisorientierter zu gestalten. Zudem ist die Quote der Studienabbrecher mit 21 % immer noch zu hoch. Insbesondere in den MINT-Fächern konnte sie bislang nicht so wirksam gesenkt werden, wie es der Fachkräftemangel verlangt. Der Frauenanteil unter den MINT-Studierenden ist immer noch zu niedrig und insgesamt wählen zu wenige Studierende MINT-Fächer.

Die Hochschulen öffnen

Die Hochschulen öffnen sich nur langsam für Berufstätige, die ein weiterqualifizierendes Studium anstreben. Es ist damit zu rechnen, dass Unternehmen ihre Fachkräftebedarfe gerade im Bereich der Akademiker nicht ausschließlich über den Arbeitsmarkt decken können. Die Mitarbeiterqualifizierung ist eine Alternative. Wissenschaftliche Qualifizierung und Weiterbildung gewinnen daher an Bedeutung. Die Öffnung der Hochschulen muss konsequent in die Praxis umgesetzt werden.

Ökonomische Bildung vermitteln

Die Wirtschaft betont seit Langem die Notwendigkeit der ökonomischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen. Sie ist wichtiger Teil der Allgemeinbildung und gehört zum unverzichtbaren Bestandteil eines modernen Inhaltsprofils an allgemeinbildenden Schulen, für Schülerinnen und Schüler jeder Schulform und Schulart.

Effizient in Bildung investieren

Die Qualität von Ausbildung und Studium ist die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit von morgen. Bildungsinvestitionen müssen da eingesetzt werden, wo sie die größte Wirkung entfalten. Die Bildungsfinanzierung ist nicht das Problem, sondern der effiziente Ressourceneinsatz. Bund und Länder müssen stärker und dauerhafter kooperieren. Bildungsstandards müssen bundesweit in allen Schulen umgesetzt und vergleichbare Abschlussprüfungen eingeführt werden.





ENERGIEPOLITIK

Versorgungssicherheit und Marktwirtschaft

FAKTEN

Grundlegender Umbau

Atomkraftwerke aus, Ökostrom ein: So einfach wünscht man sich die Energiewende. Doch sieht die Realität anders aus: Das Projekt Energiewende wird einige Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Denn es erfordert einen grundlegenden Umbau der Energieversorgung. Einfach nur die Stromquellen wechseln, damit ist es nicht getan.



Mit der Energiewende treten die Erneuerbaren Energien in den Fokus. Ein grundlegender Umbau der Energieversorgung wird notwendig.

Mehr Fragen als Antworten

Die Erneuerbaren Energien sind es, die mit der Energiewende in den Fokus treten. Das ist politischer Konsens und der wird auch von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung getragen. Der fortschreitende Ausbau der Erneuerbaren Energien wirft allerdings mehr Fragen auf als allen Beteiligten lieb ist. Hier nur einige wichtige: Wie kommt der Windstrom von der Nordseeküste in die süddeutschen Industriestandorte? Woher beziehen wir Energie, wenn kein Wind bläst und keine Sonne scheint? Und vor allem: Was kostet die Energiewende?

Die Zielsetzung ist ehrgeizig

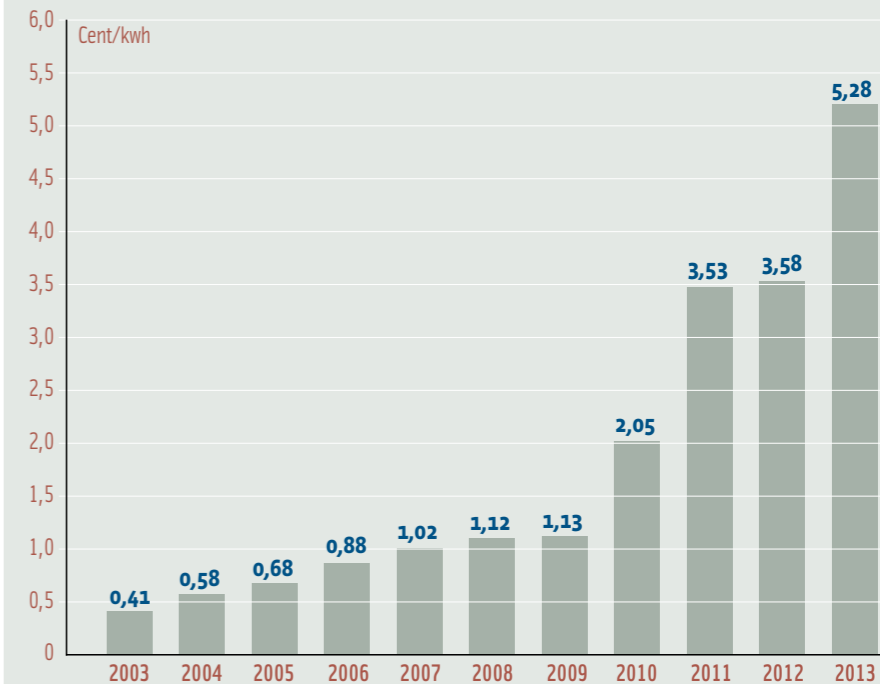
Im Rahmen der Energiewende soll bis 2050 der Primärenergiebedarf halbiert werden. Bereits bis 2020 werden eine Senkung des Stromverbrauchs um 10 % und eine Verringerung des gesamten Energieverbrauchs um 20 % angestrebt. Bis 2050 sollen 80 % des Stroms aus regenerativen Quellen stammen. 2012 wurden 22,9 % des Bruttostromverbrauchs in Deutschland aus Erneuerbaren Energien gedeckt. Bis 2020 sollen es 35 % sein.

EEG als Kostentreiber

Soll die Energiewende gelingen, darf nicht allein die Umweltverträglichkeit des Umbaus der Energieversorgung als Kriterium angelegt werden. Vielmehr müssen auch die Versorgungssicherheit mit Strom und die Sozialverträglichkeit der Energiewende gleichermaßen gewährleistet bleiben. Die Herausforderung ist dabei, den Atomausstieg und den Ausbau Erneuerbarer Energien zu möglichst geringen Kosten zu bewerkstelligen. Diese Ziele sind mit den aktuellen Regelungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nicht zu erreichen. Die EEG-Umlage, mit der die festgelegten Einspeisevergütungen für Erneuerbare Energien über die Stromrechnung der Verbraucher finanziert werden, hat sich als größter Treiber der Stromkosten erwiesen. Die Umlage stieg zwischen 2003 und 2009 von 0,41 Cent auf 1,13 Cent pro kWh und erreichte, nicht zuletzt durch den explosionsartigen Ausbau von Photovoltaik, im Jahr 2012 den Wert von 3,58 Cent. Das entspricht einem Anstieg von 775 %. Mit Beginn des Jahres 2013 stieg die EEG-Umlage um fast 50 % auf rund 5,3 Cent pro kWh. Bei

einem durchschnittlichen Industriestrompreis in Deutschland von ca. 14 Cent pro kWh im Jahr 2012 wird deutlich, welche Dimension die EEG-Umlage für die Industrie in Deutschland mittlerweile erreicht hat. Dabei ist es keineswegs so, wie vielfach behauptet, dass die Industrie weitgehend von der EEG-Zahlung befreit ist. Von den etwa 100.000 Industrieunternehmen in Deutschland waren 2012 rund 900 – also weniger als 1 % – von der EEG-Umlage weitgehend befreit, d.h. sie bezahlten immer noch einen gewissen Anteil der Umlage. Durch die für den Mittelstand erweiterte Ausgleichsregelung und durch die erhöhte EEG-Umlage selbst werden 2013 vermutlich etwa 2.300 Unternehmen in Deutschland von der Ausgleichsregelung profitieren.

ENTWICKLUNG DER EEG-UMLAGE



Quelle: eeg-kwk.net

FORDERUNGEN

Mehr Markt und Wettbewerb

Allein 2012 bezuschussten deutsche Stromverbraucher den Ökostrom via EEG-Umlage mit rund 17 Mrd. Euro, 2013 werden es schätzungsweise 20 Mrd. Euro sein. Die Fördersystematik des EEG führt aber zu einem unkontrollierten, nicht steuerbaren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ineffiziente Technologien wie beispielsweise die Photovoltaik werden in Relation mehr gefördert wie die vergleichsweise kostengünstige Windkraft. Das EEG hat zwar die Grundlage für die Energiewende geschaffen, doch nun muss das planwirtschaftliche Fördermodell durch ein System von Markt und Wettbewerb ersetzt werden, um so den passgenauen und effizienten Ausbau der Erneuerbaren Energien zu fördern. Zukünftig muss in solche Technologien investiert werden, die sich langfristig auch rechnen. Die Windkrafttechnologie ist gerade im Norden von großer Bedeutung. Und hier ist es vor allem die Off-Shore-Technik, für die die künftige Bundesregierung ein klares, positives Signal aussenden muss. Denn sonst werden potenzielle In-

vestoren ihr Geld in andere Projekte stecken.

Ausbau des EU-Energiebinnenmarktes

Der unkontrollierte und ungebremste Ausbau der Erneuerbaren Energien führt bereits heute zu kritischen Situationen im Stromnetz und dazu, dass europäische Nachbarn beginnen, sich gegen den Zufluss von Strom aus Erneuerbaren Energien zu schützen, der ihre Stromnetze gefährdet. Die grenzüberschreitenden Infrastrukturen müssen ausgebaut und die nationalen Energieversorgungsszenarien in einer europäischen Strategie zusammengefasst werden. Ein europäischer Energiebinnenmarkt stärkt den Wettbewerb, schafft Versorgungssicherheit und verringert die Kosten.

Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die deutsche Industrie hat in den vergangenen zehn Jahren aufgrund der gestiegenen Strompreise an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Ein durchschnittlicher Stromabnehmer aus der Industrie zahlte in Deutschland im Jahr 2000 etwa 7 Cent je

kWh, der europäische Schnitt lag damals bei 6,9 Cent. 2011 betrug der Strompreis für das deutsche Unternehmen bereits 11,3 Cent je kWh, während in Europa nur 9,1 Cent fällig waren. Die deutsche Wirtschaft hat in den letzten Jahren viel dafür getan, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und zu erhöhen, beispielsweise durch moderate Lohnerhöhungen. Das darf nicht durch unverhältnismäßige Strompreise ausgehebelt werden.

Versorgungssicherheit gewährleisten

Mit der Energiewende ist die Netzstabilität nicht mehr garantiert. Erneuerbare Energien unterliegen natürlichen Schwankungen, der Ausgleichsbedarf steigt also an. Lässt dieser sich nicht decken, dann steigen das Ausfallrisiko und damit auch das Kostenrisiko für die betroffenen Unternehmen. Bereits kurze Stromausfälle können enorme Kosten verursachen. Ohne den Einsatz fossiler Kraftwerke wird die Versorgungssicherheit nicht zu gewährleisten sein. Selbst 2030 werden die Erneuerbaren Energien wohl nur 50 % zum Strombedarf beitragen, der Rest muss mittels Kohle und Gas erzeugt werden. Um eine zuverlässige Strom-

versorgung zu garantieren, muss der Gesetzgeber Planungssicherheit schaffen, um den Neubau effizienter fossiler Anlagen zu ermöglichen.

Den Netz- und Speicherausbau beschleunigen

Neue Stromtrassen, Netzanschlüsse für die Off-Shore-Windparks, Netzoptimierungen und Netzverstärkungen: Die Energiewende bringt das vorhandene Verteilernetz an seine Grenzen. Der notwendige Netzausbau geht aber nur schleppend voran. Zudem fehlen Speichermöglichkeiten, um einen konstanten Energiefluss zu garantieren.





STEUER- UND FINANZPOLITIK

Eigenkapital stärken, Haushalte konsolidieren

FAKTEN

Das Steuerrecht ist nicht schlüssig

Das Unternehmenssteuerrecht ist in den letzten Jahren mehrfach reformiert worden. Gleichwohl sind weitere grundlegende Reformen dringend geboten. Nach wie vor werden Personen- und Kapitalgesellschaften unterschiedlich besteuert. Gleichzeitig hat die unterschiedliche Besteuerung verschiedener Rechtsformen zu äußerst komplexen Verfahren geführt. Insbesondere die Begünstigung einbehaltener Gewinne von Personengesellschaften ist eine der kompliziertesten Neuregelungen im Steuerrecht der vergangenen Jahre. Diese bürokratische Regel benachteiligt vor allem den Mittelstand.

Das Steuerrecht belastet das Eigenkapital

Ertragsteuern knüpfen an den erwirtschafteten Gewinn eines Unternehmens an. Substanzsteuern knüpfen an das Vermögen an. Dies kann zur Folge haben, dass die Steuer aus der Vermögenssubstanz abgeschöpft werden muss. Zu den Substanz-

steuern gehören die Grundsteuer und die Gewerbesteuer, die Erbschaft- und Schenkungssteuer. Dazuzurechnen sind aber auch gewerbesteuerliche Hinzurechnungen, Zinsschranke und Mantelkaufregelungen bei der Gewerbeertragsteuer. Ebenso wie die wieder diskutierte Vermögensteuer. Substanzsteuern hemmen Investitionen, da hierfür Eigenkapital aufgewendet werden muss. Sie reduzieren die finanzielle Grundlage für künftige Krisen. Fehlendes Eigenkapital erschwert außerdem den Zugang zur Fremdfinanzierung.

Verschonungsregelungen erhalten

Die Regelungen zur Erbschaftsteuer für Betriebsvermögen sind kompliziert, aber zielführend. Die Verschonungsregelungen sorgen dafür, dass die Betriebssubstanz erhalten bleibt und Unternehmen langfristig weitergeführt werden können. Durch die aktuellen Diskussionen zur Abschaffung der Verschonungsregelungen sind Unternehmer und Nachfolger verunsichert.

Steuererhöhungen schaden dem Mittelstand

Aktuell werden Steuererhöhungen für die Einkommensteuer auf bis zu 53 % diskutiert. Geplant ist auch die Wiedereinführung der Vermögensteuer mit zusätzlichen Lasten, die bis zu 15 % des Gewinns ausmachen kann. Oder mit 1 % des Vermögens aus der Substanz zu zahlen wäre. Solche Regelungen trafen vor allem den unternehmerischen Mittelstand.

Energiebesteuerung ist nicht konsequent

Energiesteuer, EEG-Umlage, KWK-Förderung und CO₂-Emissionszertifikatehandel – ein widersprüchlicher und dirigistischer Abgabemix. Dieser belastet die Wirtschaft, mindert den Wettbewerb und bindet die gerade im Mittelstand notwendigen Mittel für Investitionen.

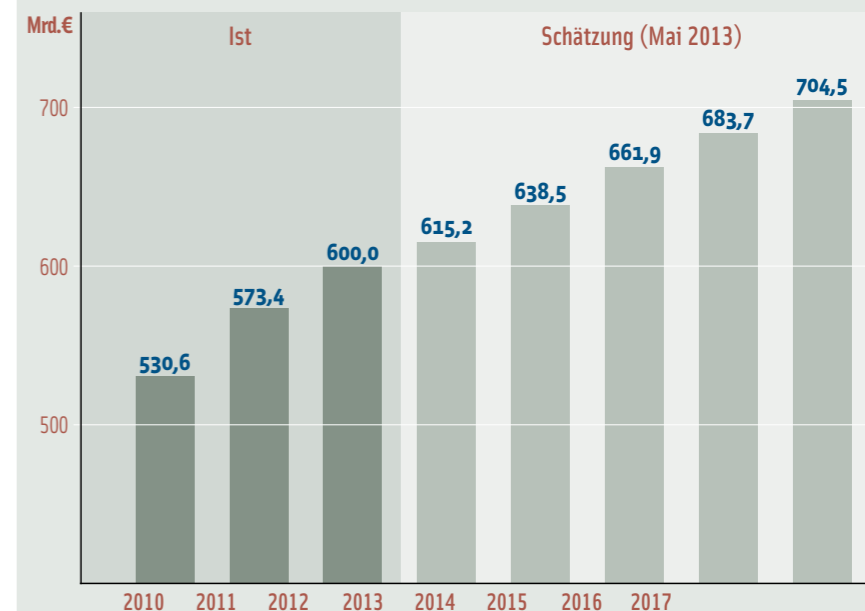
Haushaltskonsolidierung – nicht Steuererhöhung

Die öffentlichen Einnahmen entwickeln sich gut. Sie bieten Spielraum für den Abbau von Schulden. Nach der beschlosse-

nen „Schuldenbremse“ darf sich der Bund ab 2013 nur noch mit 0,35 % des BIP, die Länder dürfen sich ab 2020 gar nicht mehr neu verschulden. Aber die Haushaltskonsolidierung erfolgt nur zögerlich. Gerade im Wahlkampf werden neue Ausgabenwünsche und Wahlversprechen formuliert. Hinzu kommt, dass in der öffentlichen Finanzplanung die Risiken aus der europäischen Staatsschuldenkrise nicht berücksichtigt sind. Darüber hinaus sind die ständig steigenden zukünftigen Lasten, z.B. durch Pensionsverpflichtungen, kaum berücksichtigt. Andererseits verteilt allein der Bund pro Jahr rund 49 Mrd. Euro Subventionen an Unternehmen.

DIE STEUER-ZUKUNFT

Steuereinnahmen in Deutschland in Milliarden Euro



Quelle: AK „Steuerschätzungen“

FORDERUNGEN

Eigenkapital der Unternehmen stärken

Jede Art von Substanzbesteuerung muss gestoppt werden. Die gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen sind abzuschaffen. Die Zins-schranke ist ersatzlos zu streichen. Die Mindestbesteuerung ist so zu modifizieren, dass Umstrukturierungen nicht zu höheren Steuerbelastungen führen. Neue Formen der Substanzbesteuerung dürfen nicht eingeführt werden. Hierzu gehört vor allem die Vermögenssteuer, die die Substanz der Unternehmen belasten und Investitionen verhindern würde.

Investitionskraft der Unternehmen erhöhen

Die Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer dürfen nicht erhöht werden. Jede weitere Belastung der mittelständischen Personengesellschaften behindert wichtige Investitionen. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass Personen- und Kapitalgesellschaften gleich hoch besteuert werden. Die Besteuerung nicht ausgeschütteter Gewinne bei Personengesellschaften ist daher weniger komplex zu gestalten.

Erhalt von Unternehmen sichern

Eine große Anzahl mittelständischer Unternehmen hat in den kommenden Jahren die Unternehmensnachfolge zu gestalten. Dazu ist Rechts- und Planungssicherheit erforderlich. Die aktuellen Regelungen bei der Erbschaftsteuer dürfen keinesfalls verschärft werden. Die geltenden Verschonungsregelungen für betriebliches Vermögen müssen erhalten bleiben.



Die lange überfälligen Reformen im Steuerrecht müssen endlich angepackt werden. Das Steuerrecht ist transparenter und einfacher zu gestalten.

Energiebesteuerung sinnvoll gestalten

Die mit der Energiewende verbundenen Kosten für die Wirtschaft müssen so gering wie möglich gehalten werden. Dazu sind die unterschiedlichen Instrumente der Energiepolitik besser aufeinander abzustimmen. Unternehmen, in denen Energie als „Rohstoff“ in die Produktion eingeht, sind steuerlich zu entlasten.

Keine zusätzliche Belastung der Bürger

Die Diskussion über eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes lenkt von den tatsächlichen Folgen einer Tarifierhöhung ab. Die Veränderung der Einkommensteuersätze würde auch mittlere Einkommen treffen. Vor allem auch wegen der gleichzeitig geplanten Reform des Ehegatten-Splittings. Gerade aber die arbeitende Mittelschicht, die Meister und Facharbeiter, dürfen nicht stärker belastet werden.

Öffentliche Haushalte konsolidieren

Der Abbau der Staatsschulden muss absolute Priorität haben. Dazu sind die unverändert guten Einnahmen der öffentlichen Hand zu nutzen. Auf der Ausgabenseite ist strikte Disziplin zu wahren. Steuererhöhungen sind der falsche Weg zur Haushaltskonsolidierung. Sie belasten die Liquidität der Unternehmen und verhindern Investitionen.

Steuerreform anpacken

Die lange überfälligen Reformen im Steuerrecht müssen endlich angepackt werden. Das Steuerrecht ist transparenter und einfacher zu gestalten. Unter anderem durch den gezielten Abbau von Subventionen kann die Finanzierung von notwendigen Reformen bei der Unternehmensbesteuerung gesichert werden.





WIRTSCHAFTS- UND INDUSTRIEPOLITIK

Wettbewerb sichern

FAKTEN

Industrie ist das Standbein der Wirtschaft

Das Produzierende Gewerbe trägt in Deutschland unmittelbar ein Viertel zur Wirtschaftsleistung bei – mehr als in den meisten anderen Industrieländern. Dieser starke industrielle Kern legt auch die Basis für Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Die Verfügbarkeit von Dienstleistern und Zulieferern vor Ort ist eine Stärke des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Jobmotor Mittelstand

Deutschland hat – anders als andere Länder in Europa – einen starken inhabergeführten Mittelstand. Das schafft Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze. Dort ist das Vermögen gebunden und produktiv eingesetzt. Der Mittelstand ist unverändert der Jobmotor der deutschen Wirtschaft. Zwischen 2005 und 2010 wurde der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungszuwachs von 1,8 Mio. Erwerbstätigen ausschließlich von mittelständischen Unternehmen getragen.

Erfolgsfaktor Mittelstand

Mittelständische Unternehmen erbringen zwar einen eher kleinen Anteil der Forschung in Deutschland, da sie bei der Finanzierung und den personellen Ressourcen gegenüber Konzernen im Nachteil sind. Dennoch ist die mittelständische Wirtschaft ein Garant für den Erfolg der deutschen Wirtschaft, da sie schnell auf veränderte Marktbedürfnisse reagieren kann.

Protestpotenzial wächst

Infrastrukturprojekte und industrielle Bauvorhaben sind eine wesentliche Basis für Wohlstand und Arbeitsplätze. Gleichzeitig wird der Ausbau von Verkehrswegen und Logistikeinrichtungen, der Bau von Kraftwerken, Windrädern und Hochspannungsleitungen zunehmend von Bürgern in Frage gestellt und blockiert.

Marode Infrastruktur

Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland ist unterfinanziert. Es gibt einen deutlichen Investitionsstau bei Bau und Instandhaltung von Straßen und Schienen, Wasser-

wegen und Brücken. Im europäischen Vergleich hat Deutschland immer noch ein dichtes Verkehrsnetz, auf das die Wirtschaft angewiesen ist. Dieser Vorteil ist aber akut gefährdet. Das gilt auch für Breitbandinfrastrukturen, die gerade im ländlichen Raum noch unzureichend sind.



Infrastrukturprojekte und industrielle Bauvorhaben sind eine wesentliche Basis für Wohlstand und Arbeitsplätze.

FORDERUNGEN

Wertschöpfungskette erhalten

Der Erhalt und der Ausbau der industriellen Wertschöpfungskette müssen im Vordergrund der Wirtschaftspolitik stehen. Ohne die Hersteller von Grunderzeugnissen wie zum Beispiel der Metall erzeugenden und verarbeitenden sowie der Chemieindustrie ist auch für die nachgeordneten Branchen wie Automobilbau, Maschinenbau, Elektrotechnik oder Umwelttechnik die tragfähige industrielle Basis gefährdet.

Akzeptanz für Großvorhaben sichern

Die Sicherung der Akzeptanz von industriellen Vorhaben und auch Verkehrs- und Energieinfrastrukturprojekten sind Kernherausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Die Wirtschaft benötigt dabei die Unterstützung der Politik. Unter dem Einfluss der aktuellen Protestkultur sind viele wirtschaftlich wichtige Großvorhaben in ihrer Umsetzung gefährdet oder gar nicht möglich.

Auf Wettbewerb setzen

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, eine Politik der Einnischung und Intervention hemmt den Wettbewerb, zementiert Strukturen und verzerrt durch Subventionen ganze Wirtschaftsbranchen. Vielmehr muss der Staat einen Rahmen für mehr Marktwirtschaft, Wettbewerb und Innovationsfähigkeit setzen. Nur so werden die Unternehmen national wie international ihre Schlagkraft erhalten.

Gründerklima schaffen

Der Staat sollte Unternehmensgründern mehr Freiräume schaffen. Gleichzeitig muss von allen gesellschaftlichen und politischen Gruppen ein positives Bild von Selbstständigkeit und Unternehmertum kommuniziert werden. Dies gilt insbesondere für Schulen und Hochschulen.

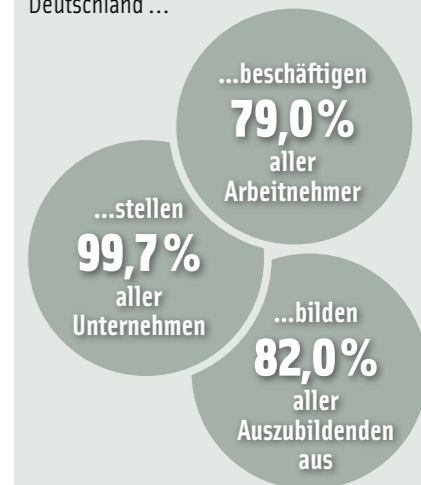
Verkehrsinfrastruktur und Breitbandnetz ausbauen

Moderne und funktionierende Infrastrukturen sind Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Öffentliche Hand und

Privatwirtschaft müssen hier gemeinsam nach Lösungen suchen, um die hohen Investitionskosten bewältigen zu können.

Mittelstand RÜCKGRAT DER WIRTSCHAFT

Die mittelständischen Unternehmen* in Deutschland ...



*bis zu 500 Mitarbeiter

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Herausgegeben von:
Wirtschaftliche Vereinigung Oldenburg
DER KLEINE KREIS e.V.
Bahnhofstr. 14
26122 Oldenburg